

Gewollter Sozialabbau

Zu dem Bericht "Jugendhelfer sehen sich alleingelassen" vom 16. Juni:

Als Bezirkssozialarbeiter in Hannover-Linden-Süd kann ich die Analyse der Experten nur bestätigen. Hohe sozialräumliche Belastungsfaktoren in Linden sind: ein hoher Anteil von Harz-IV- Empfängern von über 30 Prozent, ein Migrantenanteil von über 22 Prozent, eine erhöhte Alkohol- und Drogenproblematik, erhöhte psychische Auffälligkeiten in den Familien, häusliche Gewalt und Missbrauch gegenüber Kindern und Jugendlichen, die gleichzeitig ihre Gewalterfahrungen und ihren Frust weitergeben. Obwohl die Not in den Familien zunimmt und viele Eltern Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder brauchen, werden staatliche Hilfen gekürzt oder gedeckelt. Der Staat zieht sich bereits seit mehreren Jahren aus der sozialen Verantwortung zurück. Alle reden vom "Sozialumbau", dabei handelt es sich um einen "Sozialabbau", und dieser ist politisch gewollt.

Verwaltungen sollen und müssen effizient arbeiten, doch die Mitarbeiter an der "Front" werden alleingelassen mit der Misere. In Deutschland arbeiten die rund 600 Jugendämter daran, sich zu verschlanken; viele suchen ihr Heil in der Privatisierung, in standardisierten Abläufen und Checklisten. Jeder ahnt, dass die meisten Ideen Sparvorschläge sind im Gewand der Modernisierung. Die Gesellschaft muss eine grundsätzliche Antwort finden auf die Frage, wie viel uns der Schutz von Kindern wert ist. Jeder Sozialarbeiter ist einem strafrechtlichen Vorwurf ausgesetzt, wenn er nicht zum Schutz eines Minderjährigen tätig wird, wegen fahrlässiger Körperverletzung oder gar Tötung. Doch die Personalbemessung muss stimmen, vakante Stellen müssen zügig besetzt werden. Kettenverträge müssen verhindert werden, damit die Personalfluktuaton nicht noch weiter ansteigt und Burn-out-Symptomatiken entgegengewirkt werden kann.

Matthias C. Müller, Hannover

Hannoversche Allg. Zeitung, 18. Juni 2008

Jugendhelfer sehen sich alleingelassen

Experten beklagen Stellenabbau bei den Kommunen / Niedersachsen besser als der Durchschnitt

VON DIRK SCHMALER UND KLAUS WALLBAUM

Essen/Hannover. Es gibt immer mehr vernachlässigte, schwierige oder arme Kinder - doch zugleich lassen sich die Kommunen die Betreuung von Kindern und Jugendlichen offenbar immer weniger kosten. Bundesweit wurde in den vergangenen fünf Jahren mehr als ein Viertel aller Stellen in Jugendzentren oder Streetworker-Teams eingespart. Im Osten sind einer Studie des Deutschen Jugendinstituts zufolge sogar durchschnittlich fast 40 Prozent solcher Stellen abgeschafft worden.

Experten schlagen jetzt Alarm: "Die Jugend wird kaputtgespart", sagte Norbert Struck, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), einen Tag vor Beginn eines Jugendhilfegipfels heute in Essen. Zuständig für das Thema sind die Kommunen. Die Städte würden mit den steigenden Kosten für Jugendsozialarbeit jedoch alleingelassen, beklagen die Experten. "Wir brauchen eine andere Finanzverteilung auf Bund- und Länderebene", sagte Thomas Rauschenbach vom Deutschen Jugendinstitut.

Nach immer neuen Fällen von Kindesvernachlässigung hatten Politiker aller Parteien mehr Kontrollen in den Familien durch die Jugendämter gefordert und sogar ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Allein in der dafür zuständigen Jugendhilfe und der offenen Jugendarbeit zusammen wurden dennoch bundesweit mehr als elf Prozent der Stellen abgebaut. Nur bei den Kindertageseinrichtungen verzeichnete die Studie ein leichtes Stellenplus.

Niedersachsen schneidet im Bundesvergleich vergleichsweise gut ab. 4,2 Prozent der Mitarbeiter wurden der Studie des Deutschen Jugendinstituts zufolge in den vergangenen fünf Jahren im Bereich der Jugendarbeit und der Jugendhilfe eingespart. Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann (CDU) nennt andere Zahlen - es gebe eher einen gegenteiligen Trend. "Das Land wird außerdem beim Kinderschutz noch draufsatteln", sagte Ross-Luttmann der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. So würden künftig alle Eltern von Kleinkindern zentral vom Land zu Vorsorgeuntersuchungen eingeladen.

Bei der Stadt Hannover wurde einer Sprecherin zufolge zwar jede dritte Betreuungsstelle bei den Jugendzentren gestrichen, insgesamt seien die Planstellen im Fachbereich Jugend und Familie jedoch nur leicht zurückgegangen. Auf einen Personalzuwachs verweist der Niedersächsische Landkreistag. Allerdings wachse die Arbeitsbelastung der Jugendämter stärker als ihre personelle Ausstattung - weil es nach Fällen vernachlässigter Kinder mehr Hinweise von Bürgern auf angebliche Missstände gebe, denen die Ämter nachgehen müssen.

Beim 13. Kinder- und Jugendhilfetag, der heute in Essen beginnt, werden rund 40 000 Besucher erwartet. Eröffnet wird die dreitägige Veranstaltung von Bundespräsident Horst Köhler. Zu Gast ist unter anderem Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen.